

Mit freundlicher
Unterstützung von

INITIATIVE >
Neue Soziale Marktwirtschaft

WIR ERKLÄREN DIE WIRTSCHAFT



• Neues Spiel, neues Glück

Nach dem Ende der akuten Wirtschaftskrise stehen die Regierungen vor großen Herausforderungen. Ausgaben, mit denen eine Weltwirtschaftskrise wie in den 30er Jahren verhindert wurde, müssen bezahlt werden. Kann da nach einer Wahl eine neue Regierung Aufbruchstimmung erzeugen? Sie kann. Die Soziale Marktwirtschaft hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg den Wiederaufstieg aus einer wahrlich katastrophalen Lage gebracht – zum Beispiel beim Wohnen (S. 3-5).

Jetzt hält sie für neue Regierung Lösungsmodelle bereit. Experten fordern seit Jahren, Sozialversicherungsbeiträge vom Lohn abzukoppeln und über Steuern zu finanzieren. Unternehmen haben mehr Anreize, Stellen aufzubauen, Arbeitnehmer haben mehr von ihrem Lohn zur Verfügung – Arbeit lohnt sich wieder. So einfach ist das – und so schwer umzusetzen zugleich.

Frank Pöpsel

Chefredakteur, FOCUS-MONEY

Warum ist der Kündigungsschutz...

... in Deutschland so umstritten?

Starker Schutz gegen Kündigung hat in Deutschland Tradition, seit das Kündigungsschutzgesetz 1951 in Kraft trat. Es gilt für Betriebe mit dauerhaft mehr als zehn Mitarbeitern; das Arbeitsverhältnis muss mehr als sechs Monate bestehen. Die Arbeitsgerichte haben den Schutz der Beschäftigten ausgebaut.

Nach fast jeder Bundestagswahl wird eine Lockerung des Schutzes diskutiert – so auch diesmal. Vorschlag im FDP-Wahlprogramm: Der Schutz soll erst bei Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern und dann nach einer Beschäfti-

gungsdauer von zwei Jahren greifen.

Die Debatte läuft zu einem prekären Zeitpunkt. Viele deutsche Unternehmen reduzieren ihre Belegschaft. Laut DGB Rechtsschutz nahm die Zahl der Arbeitsrechtsprozesse aufgrund betriebsbedingter Kündigungen von Januar bis Juni 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 77 Prozent zu. Selbst Befürworter eines lockeren Kündigungsschutzes raten, eine Neuerung erst in einem stabilen Aufschwung anzugehen.

*Bis Juni stieg bei
Arbeitsgerichten
die Zahl der
Prozesse wegen
Kündigungen um
77 Prozent*

Und warum ist der Schutz...

... in anderen Staaten weniger stark?

Mittlerweile lässt sich eine Ehe in Deutschland leichter scheiden als ein Arbeitsverhältnis, klagen Arbeitgeber. Anders in anderen Staaten: Dänemark etwa schaffte 1993 den Kündigungsschutz ab; die

Arbeitslosigkeit stieg zunächst. Ein Jobwunder folgte. Die Arbeitslosenquote sank in zehn Jahren von 9,6 auf 5,5 Prozent.

Auch in den USA und Großbritannien ist es üb-

lich und leichter, im Aufschwung einzustellen, aber auch, in der Krise zu kündigen. Kalkül: Beschäftigte finden schon bei einer leichteren Erholung wieder Arbeit, wenn der Arbeitgeber weiß, dass er seine Kapazitäten notfalls auch rasch wieder reduzieren kann. Vor allem Langzeitarbeitslosigkeit soll sich damit besser verhindern lassen. In Deutschland wird die Bilanz zwischenzeitlicher Lockerungen des Kündigungsschutzes unterschiedlich beurteilt. Die Gewerkschaften bestreiten, dass mehr Stellen entstanden.

*In Dänemark
hat sich die
Arbeitslosenquote
nach Ende des
Kündigungsschutzes
fast halbiert*

Kontakt: mailto:wirtschaftserklaeren@focus-money.de

[Hier geht's zur Registrierung](#)

Hoffnung trotz Krise

Auf dem Lehrstellenmarkt schließt sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Plus: drei neue Studiengänge

Seite

2

Schöner wohnen

Die Soziale Marktwirtschaft hat den Deutschen schöne Wohnungen, mehr Platz und mehr Eigentum beschert

Seite

3

Abschotten gegen die Konkurrenz

In Krisen neigen Staaten dazu, Importe zu erschweren und eigene Ausfuhren anzukurbeln. Die Gefahren des Protektionismus

Seite

6

Lernen mit LINKS

Die FOCUS-MONEY-Buchtipps und -Bookmarks

Seite

8

Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Frank Pöpsel
Verlag: Dieser Newsletter erscheint in der FOCUS Magazin Verlag GmbH. Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags gestattet.

KARRIERE

Lehrlinge gesucht

Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt gleichen sich an. Dennoch ist nicht alles in Butter

Wie sich die Zeiten doch ändern – noch in den vergangenen Jahren suchten Schulabgänger verzweifelt nach einem Ausbildungsplatz. Mittlerweile buhlen in einigen Regionen Betriebe um die Gunst potenzieller Lehrlinge, pardon, Auszubildenden. „Wir haben Regionen wie Stralsund, Dresden und Halle, wo die Zahl der Bewerber geringer ist als die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen“, konkretisiert Joachim Ulrich vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn. Vor allem in Ostdeutschland habe es eine Umkehr der Marktverhältnisse gegeben. Vielen Betrieben fehle der Nachwuchs, weil sich in den neuen Bundesländern die Geburtenrate seit 2004 annähernd halbierte.

Weniger Schulabgänger. „Der Ausbildungsmarkt in Deutschland stabilisiert sich langsam“, heißt es im offiziellen Wortlaut der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Wie das? Zwar fielen wegen der Wirtschaftskrise Tausende von Ausbildungsplätzen weg, parallel dazu schrumpfte jedoch die Zahl der Schulabgänger. Holger Seibert vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist froh, dass „die Krise nicht so hart auf den Ausbildungsmarkt durchgeschlagen hat wie erwartet“. BIBB-Experte Ulrich schätzt

die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze auf 580 000 bis 600 000 und die Zahl der Schulabgänger auf 600 000. Insofern schließt sich die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. „Genau wissen wir es jedoch erst Ende des Jahres“, räumt er ein.

Ursachen des Dilemmas. Allerdings täuscht die Statistik über Ungeheimheiten hinweg. Denn es ist eben nicht so, dass jeder ausbildungswillige Schulabgänger auch eine adäquate Lehrstelle findet; umgekehrt findet nicht jeder Betrieb die Azubis, die er gern hätte. So waren beispielsweise bei den IHK-Mitgliedsfirmen im Spätsommer noch 11 000 Lehrstellen unbesetzt.

Dafür gibt es mehrere Ursachen: Einigen Schulabgängern fehlt es an der nötigen Ausbildungsreife, darin sind sich die Experten einig. Das heißt, die Schule hat sie ungenügend auf die Berufswelt vorbereitet. Dazu kommt der berufliche „Mismatch“, daß heißt übersetzt: Jugendliche wollen andere als die angebotenen Berufe lernen, weil sie ihnen nicht attraktiv genug erscheinen. Das betreffe vor allem Gastronomie und Handwerk, so Ulrich.

Zudem verhindert die mangelnde Mobilität der Bewerber, dass offene Lehrstellen besetzt werden, was aus Sicht der Jugend-

lichen durchaus nachvollziehbar ist: Wer will schon gern in die sündteuren Ballungszentren ziehen, wenn er dort mit seiner Ausbildungsvergütung finanziell baden geht.

Ausweg gesucht. Wie lässt sich das Problem lösen? Experten drängten schon früh auf ein Mentorensystem und ein regionales Übergangsmanagement, das Schulabgängern den Sprung in die Berufswelt erleichtern soll. Schließlich „brauchen wir hier jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht erlauben“, so der Titel des BIBB-Bands zur Lage der beruflichen Bildung.

Die Bundesagentur für Arbeit griff diese Ideen auf und startete im Februar 2009 das Projekt „Berufseinstiegsbegleiter“. Insgesamt sind tausend Schulen in das Programm einbezogen. Die ersten Helfer nahmen bereits im Frühjahr ihre Arbeit auf. Die Früchte dieser Arbeit werden wohl erst im kommenden Jahres zu ernten sein. ●

Informationen:

www.arbeitsagentur.de
www.bibb.de
www.iab.de
www.dihk.de
www.planet-beruf.de

NEUE BACHELOR-STUDIENGÄNGE AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Lehm oder Zement?

Wie selbstverständlich nutzen Handwerker Ziegel, Fliesen, Zement und Kleber. Oft ohne darüber nachzudenken, wo die Materialien herkommen, wie sie zusammenpassen und wie sie auf Wärme, Kälte, Zug und Druck reagieren. Das Nachdenken nehmen ihnen Baustoffingenieure ab. Sie untersuchen nicht nur Baustoffe auf ihre Praxistauglichkeit, sondern diagnostizieren auch Schäden und geben Hilfestellung beim Materialeinsatz. Die Bauhaus-Universität Weimar bietet einen Bachelorstudiengang an, der sechs Semester dauert. Mehr Infos unter: www.uni-weimar.de

Russlands Seele ergünden

Zum Wintersemester 2009/2010 startet der Probelauf für das vierjährige Studium „Interdisziplinäre Russlandstudien“ der Uni Potsdam. Die Brandenburger richten sich vor allem an Studierende der Slavistik und der Wirtschafts- sowie Sozialwissenschaften. Zwei Semester verbringen sie an einer Partnerhochschule in Moskau, um Land und Leute sowie die Sprache kennen zu lernen. Darüber hinaus sollen sie sich Kenntnisse der russischen Literatur und Kunst aneignen sowie Einblicke in Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen. Infos unter: www.uni-potsdam.de

Christliche Botschaft

Die Kirche ist im Umbruch, sie braucht Neuorientierung – und deshalb neue Köpfe mit frischen Ideen. Die katholische Hochschule Vallendar fühlt sich herausgefordert und hat sich dieser Aufgabe gewidmet. Mit ihrem neuen Studiengang „Diakonische Theologie“ will sie Studierenden die Theologie näher bringen und sie vorbereiten auf den Einsatz in christlichen Gemeinden, in Hospizen, Krankenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen. Das Studium dauert sechs Semester und endet mit dem Bachelor of Arts. Mehr Infos unter: www.pthv.de



SERIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (6)

Schöner Wohnen

Erst der soziale Wohnungsbau ermöglichte den meisten Menschen ein Leben unter würdigen Bedingungen – auch wenn laut Experten jedes Jahr rund 400000 Wohnungen fehlen

Es ist nicht viel mehr als ein Dach über dem Kopf, 28 Quadratmeter groß und mit Toilette auf dem Flur – wenn überhaupt. Was so manchen Akademiker an die Studentenbude aus längst vergangenen Uni-Tagen erinnert, war in Deutschland zu Beginn der dreißiger Jahre für wohnungssuchende Familien noch das Beste aller Übel. In den sogenannten „Kleinstwohnungen“ lebten nicht selten vier oder mehr Personen auf engstem Raum – winzige Behausungen, die die Wohnungsnot lindern und den Menschen ein Leben abseits der katastrophalen Bedingungen in den Zentren ermöglichen sollten.

Mehr Nachfrage als Angebot. Was war geschehen? Mit Ende des 19. Jahrhunderts brach eine Zeit großer Wohnungsnot an – ausgelöst durch die Folgen der Industrialisierung. Immer mehr Menschen wollten dort leben, wo sie Aussicht auf Arbeit hatten – in der Stadt. Gleichzeitig schoss die Bevölkerungszahl in die Höhe. Der gewaltigen Nachfrage nach Wohnraum stand nur wenig Angebot gegenüber. Viele der privaten Wohnungsunternehmen winkten ab, wenn es darum ging, Mietshäuser für die sogenannten Minderbemittelten zu bauen. Zu groß war der Verwaltungsaufwand, zu gering die Rendite. Auch die staatlichen Stellen schauten weg, setzten auf die Selbstheilungskräfte der Märkte – also den langfristigen Aus-

gleich von Angebot und Nachfrage ohne Zutun des Fiskus. Schließlich waren es die Baugenossenschaften, die die Not minderten, die Probleme aber auf Grund der mangelnden Kredite für Neubauten nicht aus der Welt bekamen. Es folgte der Erste Weltkrieg und mit ihm noch mehr Chaos und Not. Die Gemeinden begannen, gemeinnützige Gesellschaften zu gründen – der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein: Nach Schätzungen des Wohnungsverbandes fehlten 1928 etwa eine halbe Million Wohnungen. 20 Jahre später führte der Zweite Weltkrieg endgültig zur größten Wohnungsnot der deutschen Geschichte. 20 Millionen Menschen waren 1945 ohne Dach über dem Kopf oder lebten in zerstörten Häusern.

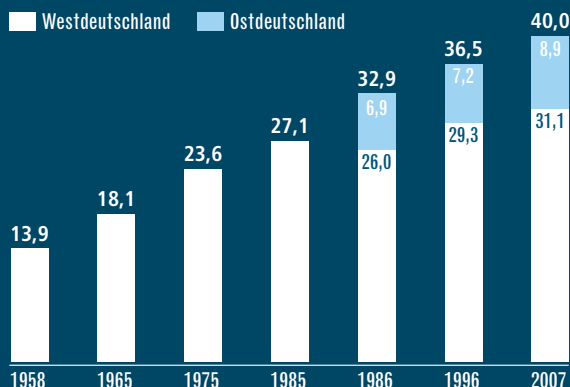
Neben den Genossenschaften und Kommunen sprangen nun auch die Kirchen ein, um sich im sozialen Wohnungsbau zu engagieren. Den Löwenanteil der Finanzierung aber stemmte ab jetzt der Staat. Das erste Wohnungsbau-gesetz aus dem Jahr 1950 regelte die wesentlichen Förderbedingungen. Innerhalb von sechs Jahren sollten 1,8 Millionen Wohnungen entstehen. „Nach dem Krieg ging es richtig los“, sagt der Historiker Matthias Georgi. Während Anfang des 20. Jahrhunderts – zur Zeit der großen Krankheitsepidemien wie Tuberkulose und Cholera – die „gesunde Wohnung“ das vorrangige Ziel war, ging es in den fünfziger Jahren vor allem um eines: Masse. Wurden

Wohnungen für alle

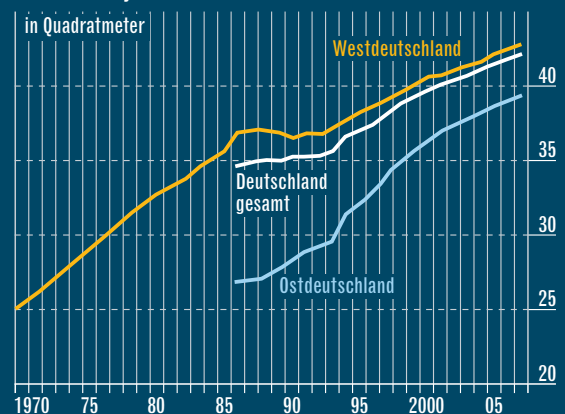
Der Zweite Weltkrieg führte zur größten Wohnungsnot in der deutschen Geschichte. Mit Übergang in die Soziale Marktwirtschaft verbesserten sich die Bedingungen schlagartig:

Die Zahl der Wohnungen und die Wohnfläche pro Einwohner stiegen stetig. In West- und Ostdeutschland gleichen sich die Verhältnisse seit der Wiedervereinigung an.

Anzahl der Wohnungen in Deutschland in Millionen



Wohnfläche je Einwohner



Fortsetzung von Seite 3

1958 erst 14 Millionen Wohnungen gezählt, war 1970 bereits die 20 Millionen-Marke geknackt. Heute sind es in der Bundesrepublik mit 40 Millionen Einheiten etwa doppelt soviel (siehe Grafik Seite 3).

Masse wie Klasse. Doch nicht nur der Bestand an Wohnungen wuchs in der Folge kontinuierlich an. Auch die Qualität verbesserte sich von Jahr zu Jahr. Beispiel: Wohnfläche. Verfügte 1965 ein Einwohner im Schnitt über 22,3 Quadratmeter, kam er 2007 in Westdeutschland mit knapp 43 Quadratmeter auf eine fast doppelt so große Fläche. In den Neuen Bundesländern liegt die durchschnittliche Pro-Kopf-Fläche mit 39 Quadratmeter nur unwesentlich darunter. Zum Vergleich: Mitte der achtziger Jahre hatte jeder Ostdeutsche erst 28 Quadratmeter zur Verfügung (siehe Grafik, Seite 3).

Dass sich die Deutschen in Ost und West immer mehr ausbreiten, hat mehrere Ursachen: Einerseits führen höhere Einkommen dazu, dass die Nachfrage nach größeren Wohnungen steigt. Andererseits ergibt sich der Bedarf nach mehr Wohnfläche aus dem Umstand, dass die Zahl von Single-Haushalten und Pendlerwohnungen anzieht – ebenfalls eine Folge des gestiegenen Wohlstands, aber auch des gesellschaftlichen Wandels.

Bei der Wohnungsausstattung hat sich ebenfalls viel getan. Fast alle Wohnungen verfügen heute über eine Zentralheizung. In nur drei Prozent aller Fälle müssen die Räume einzeln beheizt werden oder schlimmer noch: kalt bleiben. Das war vor allem in den Neuen Bundesländern lange Zeit anders. 1991 lag der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung noch bei 50 Prozent. Dusche und WC innerhalb der Wohnung? Keine Selbstverständlichkeit! Die

Toilette auf der halben Treppe war in jeder fünften Wohnung Usus. Heute gehören Bad und WC in nahezu jeder Wohnung zum Standard (siehe Grafik unten).

Weit weniger rasant geht's mit der Eigentumsquote nach oben. Um läppische sechs Prozentpunkte stieg der Anteil der bundesdeutschen Wohneigentümer seit 1950. Berücksichtigt werden muss, dass zur Beseitigung der Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem öffentlich geförderte Geschosswohnungen entstanden. Zwischen 1950 und 1961 sank die Eigentümergequote daher von 39 auf 34 Prozent. 40 Jahre später liegt die Wohneigentumsquote zwar bei 43 Prozent. Im europäischen Vergleich ist die Bundesrepublik damit aber nur Schlusslicht. Zum Vergleich: Die holländischen Nachbarn kommen auf 55 Prozent, Großbritannien auf 69 Prozent, Italien auf auf 80 und Spanien sogar auf 82 Prozent (siehe Grafik, Seite 5). Die Gründe liegen unter anderem in der Förderung von Geschosswohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Dazu kam der – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern wie Spanien, Großbritannien oder Österreich – gut funktionierende private Mietwohnungsmarkt und die im Vergleich eher niedrige staatliche Förderung von Wohneigentum.

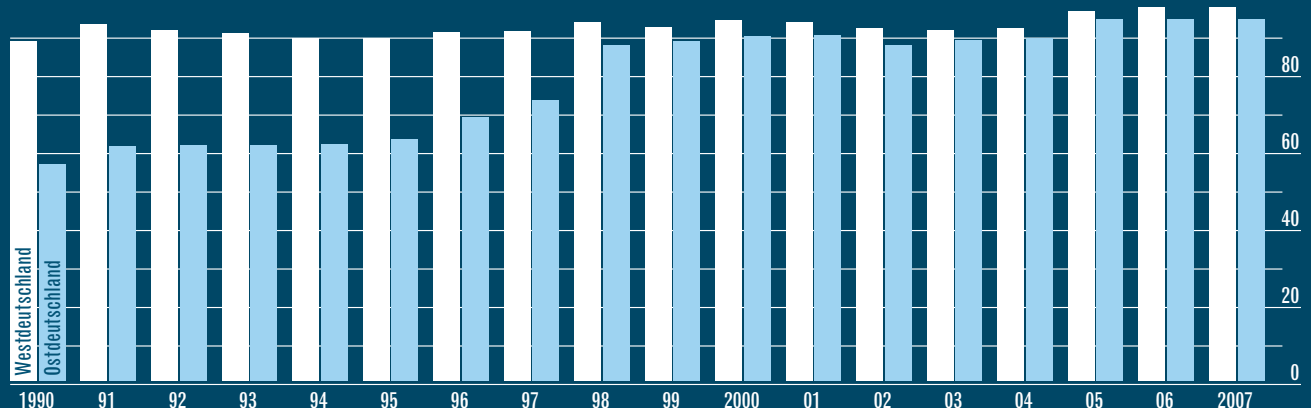
Andere Länder, andere Sitten. Worüber der letzte Platz im Europa-Vergleich hinweg täuscht: In den Neuen Bundesländern ist seit der Wende ein deutlicher Anstieg der Eigentümergequote von 27 auf 35 Prozent zu verzeichnen. Und: Von Bundesland zu Bundesland weichen die Zahlen stark voneinander ab. So haben im Saarland 57 und in Schleswig-Holstein knapp 50 Prozent der Bevölkerung Wohneigentum. In den Stadtstaaten Hamburg und

Schnelle Modernisierung im Osten

Trist, aber wahr: Kurz nach dem Mauerfall fehlten in mehr als jeder fünften Ost-Wohnung die Sanitärausstattung (Dusche/Bad und WC). Seither ist die Toilette auf der halben

Treppe auch in den Neuen Bundesländern zur Ausnahme geworden. Heute gehören diese Ausstattungen in nahezu jeder Wohnung zum selbstverständlichen Standard.

Wohnungen mit vollständiger Sanitärausstattung (Dusche/Bad und WC in der Wohnung)
Anteil in Prozent



Fortsetzung von Seite 4

Berlin existiert dagegen ein starker Mietermarkt. Sie kommen auf einen Anteil von 22 und 13 Prozent (siehe Grafik, unten). Noch, muss man sagen. Denn Experten rechnen hierzulande mittel- bis langfristig mit einem Anstieg der Eigentümerquote – erst recht nach den Erfahrungen aus der Finanzkrise. Danach dürfte die Immobilie als vergleichsweise sicheres „Betongold“ an Attraktivität gewinnen. Auch im Rahmen der privaten Altersvorsorge spielen die eigenen vier Wände eine immer größere Rolle.

Schlüssel zum Erfolg. Also alles gut? „In der Summe handelt es sich um eine Erfolgsgeschichte“, sagt Experte Georgi. Schließlich wurde es für die meisten Menschen erst mit dem Übergang der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft möglich, ein Leben unter würdigen und dann immer besseren Bedingungen zu führen. Was aber genau macht den Erfolg sozialer Wohnungsmarktpolitik aus? Welche Instrumente stehen dem Staat zur Verfügung, um die Kluft zwischen sozialer Sicherheit einerseits und Kapitalrentabilität der Investoren andererseits zu überbrücken, kurz: Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt in Einklang zu bringen? Im Kern geht es darum, auf der einen Seite finanzschwache Mieter zu entlasten und andererseits Investitionen in neuen Wohnraum zu fördern. Wohngeld heißt das Instrument, mit dem der Fiskus versucht, die Mietbelastung für Geringverdiener erträglicher zu machen. Die Höhe des Wohngeldes ist abhängig vom Einkommen, von der Haushaltsgröße und von den zuschussfähigen Wohnkosten. Der Nachteil: Es kommen nur Haushalte in den Genuss, die bereits eine Wohnung besitzen. Wohnungssuchende werden (trotz niedrigen Einkommens) nicht erfasst. Dazu kommt: Wohngeld schafft

keinen neuen Wohnraum. Es ist vor allem dann ein sinnvolles Instrument, wenn sich Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt die Waage halten. Dagegen trägt Wohngeld bei einem Wohnungsmangel, wie er derzeit sowohl im Westen als auch im Osten des Landes besteht, nur dazu bei, die ohnehin schon hohen Mieten zu stabilisieren. Für unverzichtbar halten Experten daher den sozialen Wohnungsbau, mit dem der Staat das Angebot an Wohnraum erhöht. Dabei werden Subventionen an die Bauherren von Sozialwohnungen gewährt – in der Regel zinsgünstige Baudarlehen – die die finanziellen Vorteile über verbilligte Mieten an die Nutzer der Sozialwohnungen weitergeben. Daneben fördert der Staat unter anderem den Bau von Eigenheimen, beispielsweise durch Steuervergünstigungen und Direktsubventionen für Bauwillige.

Experten schlagen Alarm. Auch wenn die Vergangenheit zeigt, dass sich das Sozialsystem bewährt: Zuletzt schlagen Experten Alarm. „Wohnungsmangel in Deutschland?“, fragt das Eduard Pestel Institut in einer Studie und kommt zu der Antwort: Allein aus der demografischen Entwicklung – also der Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung – ergibt sich in Deutschland ein Neubedarf von rund 200000 Wohnungen pro Jahr. Dazu kommen bis zu 200000 Wohnungen aus den 50er, 60er und 70er Jahren, bei denen Abriss und Neubau wirtschaftlich günstiger sind als Sanierung und Modernisierung. Franz-Georg Rips, Präsident des Deutschen Mieterbundes (DMB), entlässt den Fiskus nicht aus der Verantwortung. „Die Politik muss auf den Wohnungsbedarf reagieren und neue Instrumente zur Ankurbelung des Neubaus entwickeln“, fordert Rips.

Schlusslicht Deutschland

Seit 1950 stieg der Anteil der Wohneigentümer in Deutschland nur um sechs Punkte auf 43 Prozent. Im Europa-Vergleich kommt die Bundesrepublik damit auf

Wohneigentumsquoten in Europa
2002 in Prozent

Spanien	82
Italien	80
Irland	77
Großbritannien	69
Belgien	68
Österreich	58
Frankreich	56
Niederlande	55
Schweden	46
Deutschland	43

den letzten Platz. Im Land klaffen die Zahlen weit auseinander. Die meisten Eigentümer leben im Saarland. Die Hamburger und Berliner wohnen meist zur Miete.

Wohneigentumsquoten in deutschen Bundesländern
2002 in Prozent

Saarland	56,9
Niedersachsen	51,0
Baden-Württemberg	49,3
Bayern	48,9
Thüringen	41,8
Nordrhein-Westfalen	39,0
Bremen	35,1
Sachsen	31,0
Hamburg	21,9
Berlin	12,7

PROTEKTIONISMUS

Zölle contra Freiheit

Protektionismus bremst den Welthandel. Einige Länder glauben dennoch, nicht darauf verzichten zu können.

Vordergründig haben die wichtigsten Industrieländer dem Protektionismus abgeschworen, hinten herum brechen sie jedoch schamlos ihre eigenen Versprechen. Allein zwischen April und August ließen sie sich der Welthandelsorganisation WTO zufolge 91 neue Maßnahmen einfallen – vom Schutzzoll bis zur Importquote. Die Europäische Union, aber auch Amerika sind überaus einfallsreich, wenn es darum geht, die heimische Wirtschaft zu schützen. Vor kurzem erst verhängte die Regierung unter Präsident Barack Obama Strafzölle gegen chinesische Autoreifen, weil er im Wahlkampf den Erhalt amerikanischer Arbeitsplätze versprochen hatte. Und die EU hat es auf Alufolie und Stahlrohre aus dem Reich der Mitte abgesehen – beides verteuert sie mit satten Zöllen.

Teufelskreis. Die Gefahr dieser Entwicklung ist jedoch, dass ein Teufelskreis in Gang kommt, ganz nach der Logik „Wie du mir so ich dir“. Wer die Losung „Buy American“ ausgibt, muss aufpassen, dass der Rest der Welt das nicht als Erklärung für einen Handelskrieg auffasst.

China zürnt wegen dieser Barrieren, die Amerikaner und Europäer aufbauen und denkt seinerseits über Restriktionen nach. Im Handelsjargon ist dann jedoch nicht von „Vergeltung“ die Rede, sondern von „un-fairem Wettbewerb“ – und der lässt sich eben nur durch staatliche Gegenmaßnahmen in Form von neuen Zöllen justieren.

Allein diese Beispiele belegen, dass der Protektionismus de facto längst zurück ist. Dabei mischt sich der Staat nicht nur direkt mit Schutzzöllen in die Wirtschaft ein, sondern auch durch Exportsubventionen, Konjunkturpakete und Bürgschaften.

Bei dieser Aufzählung darf die Beeinflussung des Wechselkurses nicht fehlen: Vor allem China hält den Wert des Ren-

Wie Protektionisten rechnen

Autoreifen, Stahlrohre, Alufolie, Schuhe, Schrauben, Papier, Hühnerfleisch – die Bürokraten sind überaus kreativ, wenn es darum geht, die heimische Wirtschaft vor Dumpingangeboten aus dem Ausland zu schützen. Sie belegen Importware mit Zöllen von 25, 50 und teilweise sogar 85 Prozent – bremsen den Freihandel aus und unterdrücken den Wettbewerb. Wer jedoch seine Wirtschaft abschottet, schneidet sich langfristig ins eigene Fleisch. Denn büßen müssen den Protektionismus vor allem die Verbraucher, die für Waren höhere Preise zahlen müssen. Zudem muss sich die heimische Industrie weniger anstrengen. Im obigen Beispiel könnten US-Konsumenten Autoreifen schon für 44 Dollar pro Stück kaufen, so zahlen sie jedoch mindestens 50 Dollar.

Wie Zölle wirken

In den USA produzierte
Reifen kosten 50 Dollar

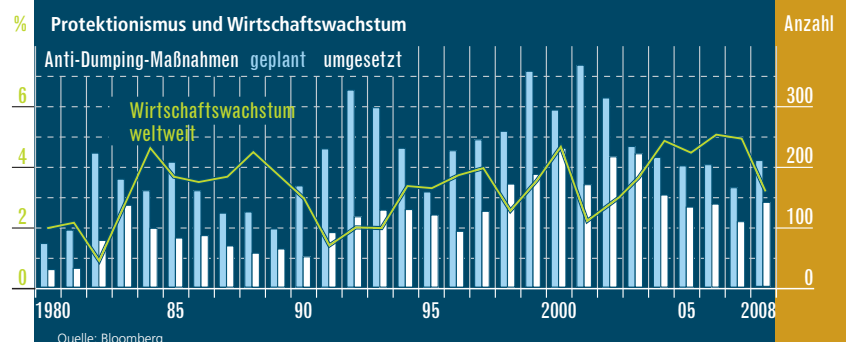
In China produzierte
Reifen kosten 44 Dollar



Quelle: Thomson Datastream

Anti-Dumping-Maßnahmen als Bremse

Wer die vergangene Jahre Revue passieren lässt, stellt schnell fest, dass der Protektionismus vor allem in der Krise aufblüht. Regierungen wollen ihre heimische Industrie durch Schutzzölle, Handelsbeschränkungen und Export-Subventionen hätscheln. Nach dem Motto „wie du mir so ich dir“ motivieren sie andere Länder jedoch, es ihnen gleichzutun. Der Ruf nach Vergeltung wird lauter und mündet in weiteren protektionistischen Maßnahmen – ein Teufelskreis kommt in Gang. Protektionismus beeinträchtigt jedoch den weltweiten Handel und verschärft eine Rezession eher noch.



Quelle: Bloomberg

minbi künstlich niedrig, um seiner Exportindustrie Vorteile zu verschaffen.

Dabei sollten doch mittlerweile alle Verantwortlichen wissen, dass Protektionismus den Fortschritt im Welthandel bedroht. Je höher die Schutzmauern, desto spärlicher fließen die Handelsströme.

Ganz besonders deutlich wird dieser Zusammenhang mit Blick auf das Jahr 1930. Am 17. Juni 1930 trat in den USA das Smoot-Hawley-Gesetz in Kraft. Die beiden Republikaner Reed Smoot und Willis Hawley forderten, die heimische Wirtschaft durch Importzölle zu schützen und legten damit den Grundstein für die tiefe weltwirtschaftliche Rezession nach dem Börsenkrach vom 24. Oktober 1929. Eigentlich wollte der damalige Präsidentschaftskandidat Herbert Hoover vor allem die amerikanischen Farmer vor ausländischer Konkurrenz schützen, unversehens wurde aus der Liste ein Katalog mit 21000 Positionen, was die Zölle für 800 Produkte erhöhte. Selbst eine Petition von mehr als 1000 Wissenschaftlern, das Vorhaben zu stoppen, half nichts. Andere Länder zogen nach. Binnen wenigen Monaten brach der Welthandel zusammen. Von 1930 bis 1933 ging er um zwei Drittel zurück.

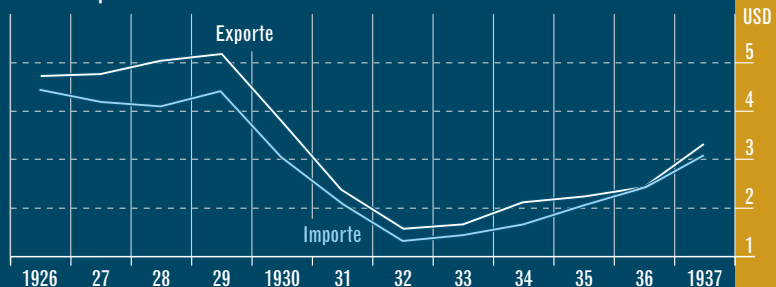
Arbeitsteilung. „Wer nur an den Heimatmarkt denkt, der lädt seine Probleme kurzfristig bei den Nachbarn ab, aber schadet sich langfristig selbst“, warnte EU-Industriekommissar Günter Verheugen davor, die Finanzhilfen in der EU auszuweiten. Weil notwendige Umstrukturierungen verhindert werden, verschlechtert sich langfristig die Wettbewerbssituation einer Branche. Die Unternehmen werden satt und faul. „Strukturanpassungen sind in der Marktwirtschaft absolut notwendig“, betont der Kommissar. Die Zeche zahlt dabei der Verbraucher.

Seit Jahren fährt die Weltwirtschaft gut damit, dass die Länder die Arbeit untereinander aufgeteilt haben. China näht Kleidung, Japan baut Elektronik, Deutschland produziert Maschinen, Autos und Chemierzeugnisse. Das macht die Arbeit effizienter und die Produkte billiger. Würden sich „Buy American“, „Buy Chinese“ und „Buy German“ durchsetzen, blieben die Deutschen auf ihren Maschinen, Autos und Chemikalien sitzen. Mit Protektionismus schneidet sich jeder letztlich ins eigene Fleisch.

Lehren aus den 30er-Jahren

Das Smoot-Hawley-Gesetz und die Folgen sind ein Lehrbeispiel für die Wirkung von protektionistischen Maßnahmen. Schon wenige Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes am 17. Juni 1930 brach der Welthandel zusammen. Von 1930 bis 1933 ging die US-Importe, aber auch die US-Exporte drastisch zurück. Parallel dazu stieg die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten auf 25 Prozent. Die beiden Republikaner Reed Smoot und Willis C. Hawley hatten durchgesetzt, dass auf Tausende von Importwaren hohe Schutzzölle erhoben wurde. Viele betroffene Länder revanchierten sich ihrerseits mit Abgaben auf US-Waren.

Ex- und Importe der USA während der Weltwirtschaftskrise 1929

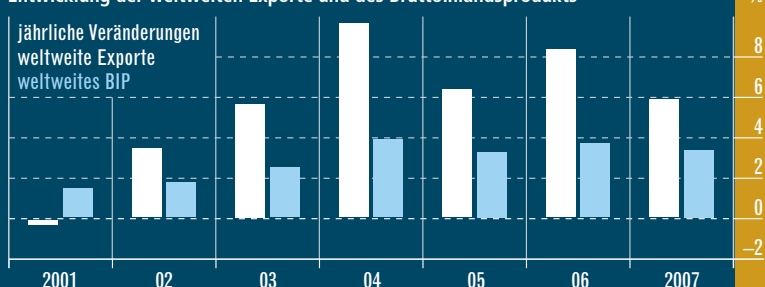


Grafik: IWF

Exporte und Wirtschaftsleistung

Dank der Aufbruchstimmung vor allem in Schwellenländern wie China und Indien blühte der Welthandel auf. Gleichzeitig wurden die protektionistischen Barrieren abgeschafft oder reduziert. Nur 2001 trübt das Bild mit einem Minus bei den Exporten. Im Schnitt wuchsen die Ausfuhren von 2000 bis 2007 jedoch um 2,7 Prozent pro Jahr. Für die Folgejahre dürfte es nicht ganz so positiv aussehen, denn die von den USA ausgelöste Finanzkrise bremst auch den Welthandel. Die Welthandelsorganisation WTO rechnete noch im Sommer für 2009 sogar mit einem Minus von bis zu zehn Prozent. Ganz so schlimm wird es vermutlich doch nicht kommen.

Entwicklung der weltweiten Exporte und des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Thomson Datastream

Buchtipps

Die Krise als Lehrstück

Keiner, nicht einmal hart gesottene Banker, hätten sich vorstellen können, dass die von den USA ausgegangene Finanzkrise die ganze Welt erschüttern würde. Sie zeigte allen, wie eng die Volkswirtschaften mittlerweile verflochten sind und wie schnell sich ein Feuer zum Flächenbrand entwickeln kann. Zwar ist die gefürchtete Katastrophe gebannt, das Beseitigen der Löschschäden wird jedoch noch Jahre dauern. Der renommierte Ökonom Hans-Werner Sinn analysiert in seinem Buch „Kasino-Kapitalismus“ die Ursachen der Krise und stellt Forderungen auf, was zu tun ist, damit sich ein ähnliches Debakel nicht wiederholt.

Er schreckt auch nicht davor zurück, die seiner Meinung nach dilettantischen Rettungsaktionen der Regierung anzuprangern. So widerlegt er, dass die Abwrackprämie der deutschen Wirtschaft geholfen hat: Im Februar wurden 48 Prozent Autos ausländischer Marken neu zugelassen und nur 9 Prozent deutscher Herkunft. Sinn legt

den Finger in die Wunde und deckt Zusammenhänge auf, die Politikern und selbst wirtschaftlich Interessierten verschlossen blieben. Er erklärt, warum in den USA nicht nur die Banker, sondern auch Otto-Normalverbraucher, sprich Mr. Jones der Spielsucht verfallen waren. Die Politik mischte eifrig mit und legalisierte das Glücksrittertum durch den Community Reinvestment Act. Von wegen böse Banker!

Sinn versteht es, komplizierte Zusammenhänge aufzudröseln, mit Beispielen zu veranschaulichen und logische Konsequenzen daraus abzuleiten. Er unterlegt seine Analysen mit Grafiken und Tabellen. Als Wissenschaftler verweist er auf die benutzten Quellen und ermöglicht seinen Lesern so, sich bei Detailfrage weiterzuhangeln.

Sinn schafft es fast immer, die komplexen Zusammenhänge auch Nicht-Wissenschaftlern verständlich zu machen. Seine Akribie ist zu beklatschen, seine Analyse zu bewundern. „Kasino-Kapitalismus“ ist ein populäres Lehrbuch für jedermann.



Hans-Werner Sinn:
„Kasino-Kapitalismus“,
352 Seiten, 22,90 Euro,
Econ Verlag.
ISBN: 978-3-430-20084-4

Lernen mit LINKS

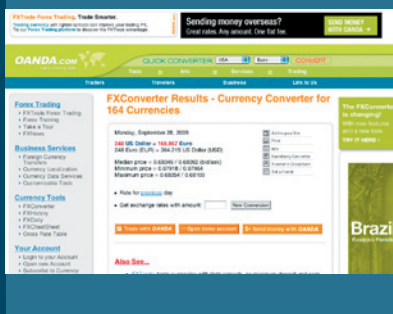
Anti-Abo-Abzocke

Die Zeitschrift „Computerbild“ bietet ein kostenloses PC-Programm zum Herunterladen an, mit dem sich Internet-Surfer vor dreister Abzocke schützen können. Die Software warnt vor unseriösen und kostenpflichtigen Seiten und liefert Adressen von gebührenfreien Alternativen. www.computerbild.de



Was ist der Dollar wert?

Wer weiß schon, wieviel bulgarische Lev man für einen Euro bekommt. Es sind übrigens 1,94. Zum Glück lässt sich das dank Internet ganz schnell mit dem Währungsrechner Oanda ermitteln. Die Datenbank enthält immerhin 164 Währungen. Ferner bietet Oanda viele Tipps für Reisende. www.oanda.com



Mehr Überblick

Die Webseite Finanzlinx ist zwar noch in der Beta-Phase, trotzdem bietet sie bereits einen guten Überblick über Finanzseiten im Internet. Die Nutzer können auch abstimmen, welche Seite ihnen gefällt oder auch nicht und somit Einfluss auf das Ranking nehmen. www.finanlinx.de

